

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt B 3

3.1.1 Thema

Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft und Soziologie

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Bernhard *Peters*
geb. 27. November 1949
FB 8 – InIIS
Universität Bremen
Postfach 330440
28334 Bremen
Tel.: 0421 218 3365
e-mail: bpeters@barkhof.uni-bremen.de

3.1.4 (entfällt)

3.1.5 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	82,3	3,7	•	86,0
2004	117,6	0,5	•	118,1
2005	117,6	1,0	•	118,6
2006	106,8	0,5	•	107,3
Summe 2003-2006	424,3	5,7	•	430,0

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Das Projekt untersucht Veränderungen des Nexus von Öffentlichkeit, Legitimität, kollektiver Identität und Demokratie im Hinblick auf die Transnationalisierung von Staatlichkeit und öffentlicher Kommunikation. Diese Fragen werden im Rahmen der Debatte um das sogenannte „Öffentlichkeitsdefizit“ der EU weithin diskutiert. Am Beispiel der publizistischen Öffentlichkeit innerhalb der EU soll nun analysiert werden, inwieweit die Entwicklung einer transnationalen politischen Ordnung begleitet wird von einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit, welche den Legitimationserfordernissen einer solchen politischen Ordnung gerecht wird. In dem Projekt soll eine empirische Analyse von differenzierten Formen der Transnationalisierung bzw. Europäisierung von Öffentlichkeit über einen längeren Vergleichszeitraum hinweg geleistet werden und sollen anschließend auf dieser Grundlage Untersuchungen zu den Ursachen dieser Entwicklungen und zu den legitimationsrelevanten Effekten durchgeführt werden.

Ausgehend von einem analytischen Schema, das unterschiedliche Formen oder Dimensionen der Transnationalisierung/Europäisierung von Öffentlichkeit beschreibt, wird in dem Projekt zunächst eine systematische Erfassung von Entwicklungstrends der Transnationalisierung und speziell Europäisierung von öffentlichen *Deliberationen* innerhalb von Presseorganen in fünf EU-Mitgliedsländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Österreich) unternommen, mit Vergleichspunkten in den Jahren 1985, 1995, 2000, 2005 (und voraussichtlich 2010). Nach der Analyse dieser Entwicklungstrends werden die wichtigsten Hypothesen über kausale Bedingungen hemmender oder fördernder Art erforscht: Kulturelle Bedingungen (Sprachgrenzen, geteilte Identitäten und Relevanzkriterien) sowie intellektuelle Infrastrukturen und institutionelle Faktoren (relevante Merkmale der *EU-Polity*). In einem weiteren Untersuchungsschritt sollen schließlich Effekte auf Legitimität oder Unterstützung (*support*) der EU analysiert werden.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Erfassung der Europäisierung von Öffentlichkeit in ihren verschiedenen Dimensionen (5 Länder, 4 Zeitpunkte)	Untersuchung von fördernden und hemmenden Bedingungen für die Transnationalisierung von Öffentlichkeit	Öffentlichkeit und Legitimation: Überprüfung normativ-empirischer Aussagen. Auswirkungen der Verfassung von Öffentlichkeit auf die Entwicklung von kollektiver Identität und Legitimität in der EU

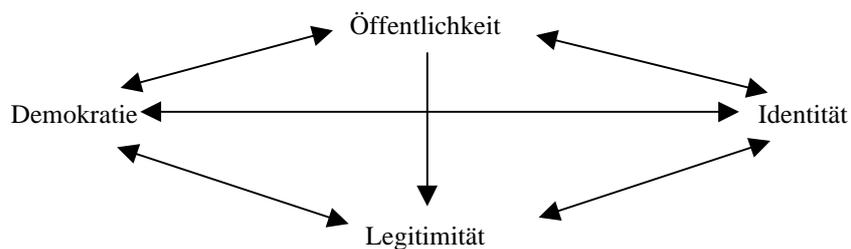
3.3 Problemaufriß und Stand der Forschung

3.3.1 Problemaufriß: Öffentlichkeit, Legitimität, Identität

Welche Rolle spielt *Öffentlichkeit* für den Wandel von *Staatlichkeit*? Die *Legitimität* politischer Ordnungen, die *kollektive Identität* ihrer Mitglieder und deren *demokratische Partizipation* an politischen Entscheidungen bilden im theoretischen Rahmen des Sfb eine der Grunddimensionen von Staatlichkeit. Öffentlichkeit im Sinne einer Sphäre öffentlicher Kommunikation oder eines durch öffentliche Kommunikation verbundenen Publikums spielt eine bedeutende Rolle für Legitimität, kollektive Identität und Demokratie: Sie ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, eine entscheidende Voraussetzung demokratischer Partizipation, ein Medium der Bildung und Artikulation kollektiver Identitäten.¹ So jedenfalls im klassischen Modell des Demokratischen Rechts- und Interventionsstaats (DRIS).

Die Herausforderung nationaler politischer Ordnungen durch Prozesse der Transnationalisierung und ihre Überlagerung durch transnationale politische Strukturen (also der Wandel von Staatlichkeit auf der Entwicklungsachse „national – transnational“) muß diesen Nexus von Öffentlichkeit, Demokratie, kollektiver Identität und Legitimität affizieren. Kommt es dabei zu einer komplementären Entwicklung oder treten neue, möglicherweise disparate Konstellationen auf – insbesondere im Verhältnis zwischen „Öffentlichkeit“ und den anderen genannten Elementen von Staatlichkeit? Diese Fragen sind exemplarisch aufgeworfen worden am Beispiel der Entwicklung der Europäischen Union. Betrachten wir zur Sortierung des Forschungsstandes zunächst die wichtigsten Beziehungen zwischen Öffentlichkeit, Demokratie, Identität und Legitimität.

Abbildung 1



¹ Man könnte genereller und „konstruktivistischer“ argumentieren: Staatlichkeit ist nicht zu analysieren ohne Erfassung der symbolischen, öffentlichen Präsentation oder Deutung von Staatlichkeit.

Die Beziehungen zwischen diesen Elementen (bezeichnet durch Pfeile oder Doppelpfeile) können als begriffliche oder *normative* Beziehungen einerseits und als *empirische* Beziehung andererseits gefaßt werden – eine Unterscheidung, die in der Forschung nicht immer hinreichend deutlich wird.

Normative Beziehungen

Für normative demokratiethoretische Konzeptionen besteht durchweg ein elementarer konzeptueller Zusammenhang zwischen Demokratie, Öffentlichkeit und Legitimität: Angemessene Formen von Demokratie erfordern angemessene Formen von Öffentlichkeit; Öffentlichkeit und Demokratie sind unabdingbare Voraussetzungen für die Legitimität politischer Ordnungen. „Legitimität“ wird hier also ebenfalls im normativen Sinn gebraucht, was soviel heißt wie „Zustimmungswürdigkeit“ oder „rationale Akzeptierbarkeit“. Ohne (qualifizierte) Demokratie und Öffentlichkeit kann eine politische Ordnung nicht als *zustimmungswürdig* gelten (Habermas 1973, 1992; Manin 1987; Simmons 1999, 2001).

Im Hinblick auf normative Erwartungen in und Forderungen an Öffentlichkeit gibt es in der normativen Theorie grundlegende Übereinstimmungen und variierende nähere Bestimmungen. In *allen* Versionen normativer Demokratiethorie gilt Öffentlichkeit im Sinne hinreichender Information und Transparenz politischer Entscheidungen wie auch öffentlicher Meinungswettbewerb als eine Grundvoraussetzung demokratischer Entscheidungsbeteiligung. Einige klassische (John Stuart Mill) wie vor allem einige neuere normative Konzeptionen von Öffentlichkeit und Demokratie legen besonderes Gewicht auf öffentliche Diskurse oder *Deliberationen* (Cohen 1989; Dryzek 1990; Bessette 1994; Benhabib 1995; Schmalz-Bruns 1995; Nino 1996; Bohman/Rehg 1998; Elster 1998). Öffentliche Deliberation bedeutet das argumentative Bemühen um kollektiv akzeptierbare Problem- oder Konfliktlösungen. Auch wo Konsens nicht erreicht oder erwartet wird, soll öffentliche Deliberation zu Lerneffekten, zu einer Bereicherung des Argumentationshaushaltes, zu einer reflexiven Überprüfung und möglicherweise Transformation eigener Überzeugungen und Präferenzen, zu einem gewissen Maß an Verständnis und Respekt für kontroverse Positionen, damit zu einer höheren Rationalität und Legitimität politischer Entscheidungen führen. Im Hinblick auf „kollektive Identität“ sind normative Theorien zurückhaltender – in der Regel finden sich Andeutungen über wünschbare und nicht wünschbare Formen von Identität, etwa in der Gegenüberstellung von wünschbarem „Verfassungspatriotismus“ gegenüber anderen, suspekteren Formen nationaler Identität (Habermas 1992-93).

Dieses Argumentationsmuster ist in vielen Varianten auch auf transnationale politische Ordnungen übertragen worden (Archibugi u.a. 1998; Brunkhorst/Kettner 2000). Um als legitim gelten zu können, erfordern bindende politische Ordnungen

und Entscheidungen auf transnationaler Ebene adäquate Formen von demokratischer Entscheidungsbeteiligung *und* adäquate Formen von kollektiver öffentlicher Deliberation. Eine Reihe von Arbeiten zum Problem der Demokratisierung und Legitimität der EU, also dem prominentesten Beispiel einer transnationalen politischen Ordnung, argumentieren in dieser Weise (Grande 1996; Eder/Hellmann u.a. 1998; Follesdal/Koslowski 1998; Beierwaltes 1999; Schmalz-Bruns 1999; Eriksen/Fossum 2000; Greven/Pauly 2000): Sie konstatieren Bedingungen, welche ein politisches System wie die EU erfüllen *müßte*, um als legitim zu gelten.²

Normativ-empirische Legitimitätsurteile

Eine solche normative Auffassung kann dann auch die Basis von Legitimitätsurteilen der folgenden Art bilden (um beim Beispiel der EU zu bleiben): Da die EU keine normativ adäquaten Formen von Demokratie und Öffentlichkeit aufweist, hat sie ein „Legitimitätsproblem“ oder „Legitimitätsdefizit“ (Banchoff/Smith 1999; Scharpf 1999). Auch in solchen Aussagen fungiert „Legitimität“ als *normativer* Term. Legitimitätsurteile, Diagnosen über Legitimitätsprobleme oder –defizite (oder auch über Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizite) der eben erwähnten Art, also unter Anwendung eines *normativen* Legitimitätskriteriums, haben gleichwohl eine empirische Komponente: Sie messen empirische Verhältnisse an einem normativen Maßstab; der normative Maßstab besteht in bestimmten Formen von Öffentlichkeit und Demokratie, die erfüllt sein sollten. Das erfordert eine nähere Prüfung der empirischen Komponente: Wie steht es denn tatsächlich mit der Entwicklung von Demokratie und (in diesem Zusammenhang vor allem relevant) von Öffentlichkeit?

Empirische Beziehungen

Empirisch betrachtet bezeichnen die Pfeile in Abbildung 1 mögliche Kausalbeziehungen nicht näher spezifizierter Art (fördernde oder hemmende Einwirkungen – nicht notwendige oder hinreichende Bedingungen). Hier sind nur die wichtigsten dieser möglichen oder zu vermutenden Beziehungen zu nennen, welche die Rolle von „Öffentlichkeit“ einbeziehen:

² Übrigens ist die Bedeutung von Öffentlichkeit für Legitimität *normativ* betrachtet unabhängig von der populären Unterscheidung von „*Input*“- und „*Output*-Legitimität“ (Scharpf) oder von unterstellten unterschiedlichen Legitimationsansprüchen an unterschiedliche politische Entscheidungsverfahren oder -institutionen, etwa gegenüber *nonmajoritarian institutions* wie Gerichten oder *independent agencies* (Majone 1998). Die *outputs* gleich welcher politischen Institutionen erfordern eine öffentliche Beleuchtung und Würdigung. Es ließe sich darüber hinaus argumentieren, daß die Kontrollfunktion von Öffentlichkeit gerade da an Bedeutung zunimmt, wo institutionalisierte Formen demokratischer Entscheidungspartizipation schwach ausgebildet und schwierig zu entwickeln sind.

- Öffentlichkeit wirkt als unmittelbarer Faktor für Legitimität (Akzeptanz): Die Strukturen oder Inhalte öffentlicher Kommunikationen oder Deliberationen können empirische Legitimität direkt beeinflussen (positiv oder negativ).
- Öffentlichkeit kann als Generator kollektiver Identitäten betrachtet werden, die wiederum als fördernde oder gar notwendige Bedingung von Demokratie und Legitimität gesehen werden können. Oder bestimmte Formen kollektiver Identität (geteilte Deutungsmuster oder Relevanzstrukturen) können als Funktionsvoraussetzung für Öffentlichkeit betrachtet werden.³
- Öffentlichkeit wirkt als Faktor für die Funktionsfähigkeit von Demokratie und damit für Legitimität: Bestimmte Formen von Öffentlichkeit sind schon definitorisch Voraussetzung oder Bestandteil von Demokratie. Aber konkret sind die Beziehungen komplex und variabel: Unterschiedliche Ausprägungen oder Qualitäten von Öffentlichkeit können sich positiv oder negativ auswirken auf die Funktionsweise demokratischer Institutionen und damit möglicherweise auf die empirische Akzeptanz oder Legitimität. Ein Mehr an europäischer Öffentlichkeit könnte u.U. verbesserte Voraussetzungen für Demokratisierung schaffen, was wiederum die Akzeptanz erhöhen könnte.
- Demokratie ist als fördernde oder hemmende Bedingung für Öffentlichkeit wirksam: Die Wettbewerbsstruktur von Demokratie kann Öffentlichkeit beleben – oder zu einer Senkung des Niveaus öffentlicher Deliberation führen.⁴

Sowohl für normativ-empirische Legitimitätsurteile (wie verhält sich die reale Europäisierung von Öffentlichkeit zu normativen Modellen?) sowie auch für die Analyse der möglichen empirischen Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und Legitimität sind vor allem die folgenden drei *empirischen* Fragekomplexe relevant:

- Wie sehen *Stand und Entwicklungstendenzen der Transnationalisierung* (speziell: Europäisierung) von Öffentlichkeit tatsächlich aus? Die Beantwortung dieser Frage ist trivialerweise Voraussetzung sowohl für normativ-empirische Legitimitätsurteile wie für die Analyse von Kausalbeziehungen.
- Welche *Ursachen* hat die Transnationalisierung von Öffentlichkeit? Was sind ggf. die Bedingungen für eine fehlende oder gehemmte Transnationalisierung in diesem Bereich?
- Welche empirischen *Effekte* haben identifizierbare Formen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit im Hinblick auf Demokratie, Identität und Legitimität?

³ Auch so ließen sich die bekannten Formeln von von Kielmansegg und Scharpf lesen.

⁴ Wieder ein EU-Beispiel: „Das viel diskutierte Demokratiedefizit der EU ist eine der Ursachen (und nicht die Folge) des Öffentlichkeitsdefizits der EU.“ (Gerhards 2000: 292)

3.3.2 *Stand der Forschung*

Tendenzen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit und kritische Vergleiche zwischen normativen Modellen und empirischen Realitäten

In der „Globalisierungs“-Literatur finden sich zahlreiche allgemeine Feststellungen über eine rapide Transnationalisierung von Kommunikationsflüssen und Kommunikationsnetzwerken. Vorliegende empirische Untersuchungen beziehen sich vor allem auf die Entwicklung der Massenmedien, etwa die Transnationalisierung von Medienkonzernen und Nachrichtenagenturen und die Entwicklung der rechtlich-politischen Regulierung internationaler Medienkommunikation (Galtung/Ruge 1965; Galtung/Vincent 1992; Mohammadi 1997; Boyd-Barrett/Rantanen 1998; Donges u.a. 1999). Diese Untersuchungen beziehen sich aber so gut wie nie auf die Transnationalisierung des *Meinungsaustausches*, der Inhalte und Beteiligungsstruktur öffentlicher *Deliberationen* oder *Debatten*.⁵ Auf die *inhaltliche* Dimension der Transnationalisierung der Massenkommunikation beziehen sich vor allem Untersuchungen zur Entwicklung internationaler *Nachrichten* (*news*) und Berichte.⁶ Nun ist die Zirkulation von Informationen (*news*, Nachrichten) nicht gleichbedeutend mit Meinungsaustausch. Jedoch ist es sicher ein interessanter Hinweis auf Probleme der Transnationalisierung öffentlicher Deliberation, wenn sich in Analysen des Umfangs und der Verteilung internationaler (relativ zu nationalen oder regionalen) Nachrichten häufig keine deutliche Zunahme finden läßt. Zudem spielen bei der Auswahl solcher Nachrichten neben selektionssteuernden allgemeinen Nachrichtenfaktoren (Galtung/Ruge 1965) wohlbekannte „nationale“ Faktoren – vor allem historische Affinitäten, teils auch wirtschaftliche Verflechtungen – eine wichtige Rolle (Kepplinger 1998; Wu 1998). Auch vorliegende Datenreihen zur Entwicklung der EU-Berichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen (bis 1995) zeigen keinen deutlichen Trend (Gerhards 2000).

Einen direkten Bezug auf die Frage der Transnationalisierung von *Öffentlichkeit*, oder spezifischer von *öffentlicher Deliberation*, finden wir in der Literatur zur Entwicklung der europäischen Union. Diese Literatur ist geprägt durch die „Defizit“-These: Die Legitimität der EU erfordert ein angemessenes Maß an Demokratie

⁵ Wegen der einstweilen beschränkten Bedeutung für öffentliche diskursive Kommunikation und aus forschungspragmatischen und -ökonomischen Gründen, die sich auf die Schwierigkeiten der Datenbeschaffung und den äußerst rapiden Wandel in diesem Bereich beziehen, werden wir Kommunikationen via Internet im vorliegenden Projekt nicht betrachten. Siehe dazu aber das Teilprojekt B3 (Zürm/Walter).

⁶ Daneben gibt es einige Untersuchungen zur transnationalen Zirkulation von kulturellen oder „Unterhaltungs“-Beiträgen, die für unser Thema nicht direkt relevant sind.

und Öffentlichkeit (eine normative Aussage). Nach verbreiteten Annahmen liegt aber faktisch ein Öffentlichkeits- und damit Legimititätsdefizit vor. Empirisch wird dann nach dem Stand und den Tendenzen der Entwicklung einer „europäischen Öffentlichkeit“, und damit nach der Erwartbarkeit einer Beseitigung des „Defizits“ gefragt (Zürn 1996).

Entsprechende empirische Forschungskonzeptionen zeigen Unterschiede in der Konzeptualisierung von „europäischer Öffentlichkeit“ oder „Europäisierung von Öffentlichkeit“. Einerseits sind die entsprechenden Öffentlichkeitsbegriffe in unterschiedlichem Maß von normativen Gesichtspunkten geprägt (dazu Gerhards 2002). Häufig geht zumindest die Annahme ein, daß *Deliberation* oder Debatten (auf europäischer Ebene) konstitutiv sind für eine Öffentlichkeit, die politische Legimititätsansprüche erfüllen soll (Eder/Trenz 2001). Schließlich kann man nicht von *jeder* Art von öffentlicher, speziell massenmedialer Kommunikation erwarten, daß sie normativen Legimititätskriterien entspricht oder *empirische* Legitimationswirkungen hat. Andererseits unterscheiden sich vorliegende Konzeptionen darin, welche Merkmale von Öffentlichkeit sie im Hinblick auf Transnationalisierung oder Europäisierung betonen. Daraus wird manchmal ein Gegensatz konstruiert zwischen einem Öffentlichkeitsbegriff, der am Modell nationaler Öffentlichkeiten orientiert sei, und alternativen Formen transnationaler Öffentlichkeit (Eder/Kantner 2000). Das richtet sich vor allem gegen das Argument, europäische Öffentlichkeit sei nicht möglich ohne europäische Massenmedien. Diese Auffassung wird jedoch in der Forschung selten vertreten. So fragen zum Beispiel Neidhardt, Koopmans und Pfetsch nach den Chancen einer parallelen Europäisierung von „Sprechern“, „Vermittlern“ (Medien) und *Publika* (Neidhardt u.a. 2000), binden das aber nicht strikt an die Entwicklung europäischer Medien. Generell hat sich die Unterscheidung zwischen einer umfassenden „europäischen Öffentlichkeit“ (vor allem gestützt auf europäische Medien) und einer (in verschiedenen Weisen verstandenen) „Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“ eingebürgert (Gerhards 1993).⁷

⁷ Eine *echte* Kontroverse gibt es in diesem Kontext jedoch auch. Sie bezieht sich auf das Postulat einer neuen Form transnationaler Öffentlichkeit in Gestalt von Politiknetzwerken oder einer transnationalen *civil society* von sozialen Bewegungen und Assoziationen, die ihre Aktivitäten oder Organisationen transnational koordinieren und dabei transnationale Kommunikationsnetzwerke herausbilden (Archibugi/ Held 1998). Am Beispiel der EU wird argumentiert, daß sich eine „europäische Öffentlichkeit“ in Gestalt einer Vielzahl von sektoralen Teilöffentlichkeiten entwickle, bezogen auf Politikfelder oder Themen, gestützt auf Netzwerke von Interessenorganisationen und Assoziationen sowie auf konsultative, entscheidungsvorbereitende Gremien oder Verfahren, in denen sich Verbände und Assoziationen verschiedenster Art, Experten und unter Umständen auch Vertreter nationaler staatlicher Verwaltungen artikulieren können (Eder u.a. 1998; Joerges 2000; Neyer 1999; Heinelt 1998).

Es scheint jedoch fraglich, ob es sich hier um genuine Formen von „Öffentlichkeit“ im Sinne allgemein zugänglicher Kommunikation handelt. In diesen Untersuchungen scheint eine implizite

Die vorliegenden Untersuchungen zur Entwicklung europäischer Medien beschreiben im Wesentlichen die bisherigen Fehlschläge von politischer wie privatwirtschaftlicher Seite, Periodika (Tages- oder Wochenzeitungen) und Fernsehkanäle mit europäischem Zuschnitt und europäischer Verbreitung zu entwickeln (Stewart/Laird 1994; Humphreys 1996; Kopper 1997).

Untersuchungen zur „Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten“ beziehen sich auf die folgenden Aspekte:

- Untersuchungen der Inhalte der unmittelbaren EU-Berichterstattung oder der Debatten über Politik und institutionelle Entwicklung der EU (Norris 2000): Die entsprechenden Ergebnisse sind zwar vermutlich relevant für die öffentliche Akzeptanz der EU, betreffen aber nicht eigentlich die Europäisierung von Öffentlichkeit.
- Untersuchungen über den Anteil der EU-Berichterstattung an der gesamten Presseberichterstattung ohne systematische Unterscheidung zwischen Meldungen, Berichten oder Meinungsbeiträgen (Gerhards 2000; Semetko/de Vreese u.a. 2000): Systematische Erfassungen über längere Zeiträume auf einer breiten Datenbasis fehlen.
- Untersuchungen zum *framing* von EU-Angelegenheiten in Presseberichten und Meinungsbeiträgen (Semetko/Valkenburg 2000; Steeg 2000): Die Befunde schwanken zwischen dem Hinweis auf die Persistenz unterschiedlicher nationaler Deutungsrahmen und der vorsichtigen Diagnose der Herausbildung gewisser europäisierter Deutungsmuster (Steeg 2000). Die Datenbasis dieser Studien ist wiederum sehr beschränkt und die Befunde haben eher explorativen Charakter.
- Untersuchung der Kongruenz der Agenda von nationalen Öffentlichkeiten in Europa: Hier liegt vor allem die Studie von Sievert (1998) vor, die sich jedoch auf den Vergleich von Nachrichtenmagazinen beschränkt.

Umdefinition des Öffentlichkeitsbegriffes vorzuziehen (dazu kritisch Gerhards 2002). Dieser wird angewendet auf den Lobbyismus von Assoziationen und Netzwerken, teils auch auf „Bewegungsaktivitäten“ wie Kampagnen und Protestaktionen und deren transnationale Koordination. Während letzteres als ein Element von Öffentlichkeit im kommunikativen oder auch deliberativen Sinn gelten kann (wobei jedoch zu fragen wäre, wie groß der Einfluß auf öffentliche Deliberationen wirklich ist), ist die Erstreckung des Öffentlichkeitsbegriffs auf die genannten Beratungs- und Lobby-Aktivitäten nicht sehr plausibel. Sicher handelt es sich um eine wichtige Form politischer Partizipation, möglicherweise mag diese sowohl normativ als auch empirisch eine Legitimationsfunktion für transnationale Institutionen und Politiken übernehmen und deswegen in *dieser* Hinsicht als partielles „funktionales Äquivalent“ von Öffentlichkeit betrachtet werden. Das macht es jedoch noch nicht sinnvoll, die entsprechenden Phänomene umstandslos unter einen Begriff von Öffentlichkeit zu subsumieren.

Bisher liegen also nur vereinzelte Ergebnisse zu jeweils einzelnen möglichen Merkmalen der Europäisierung von Öffentlichkeit vor, die keine Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends ermöglichen.⁸ Diese Defizite werden in der Literatur häufig hervorgehoben (Baerns/Raupp 2000).

Von Bedeutung sind aber nach wie vor auch konzeptionelle Probleme. Die erwähnten Untersuchungen konzentrieren sich in der Regel auf einzelne Merkmale der Europäisierung von Öffentlichkeit, ohne Verwendung eines differenzierteren Dimensionenschemas von Europäisierungsformen.⁹

Kausale Beziehungen: Fördernde und hemmende Bedingungen für die Transnationalisierung von Öffentlichkeit

Empirische Analysen zu den *Ursachen*, oder besser den *fördernden und hemmenden Bedingungen* der Transnationalisierung oder Europäisierung liegen bisher kaum vor. Es gibt jedoch in der Literatur eine Reihe von Vermutungen zu möglichen Ursachen oder Bedingungen, sowie einige wenige Studien, die einzelne Erklärungsfaktoren empirisch betrachten. Im Hinblick auf die EU werden diese Vermutungen in aller Regel formuliert als Erklärungen für das angenommene Öffentlichkeitsdefizit. Im folgenden werden die wichtigsten in der Literatur genannten Erklärungsfaktoren aufgeführt:

→ *Sprachgrenzen*: An erster Stelle steht natürlich der in gewisser Weise triviale Hinweis auf die Sprachenvielfalt (etwa im Rahmen der EU). Nicht so trivial ist allerdings die Bedeutung dieses Phänomens bzw. die Möglichkeiten und Grenzen seiner Überwindung. Hier wird u.a. auf die Existenz nationaler Öffentlichkeiten in multilingualen Ländern hingewiesen, mit der Schweiz als prominentestem Beispiel (Ernst 1998; Neidhardt u.a. 2000; Saxer 2000). Als entscheidende Voraussetzung der Überwindung von Sprachgrenzen gilt hier die Entwicklung einer nationalen Identität. Prominent ist auch der Hinweis auf die

⁸ Als wichtige *Vermutung* über Entwicklungstendenzen sollte noch der Hinweis auf eine sektorale Europäisierung von Öffentlichkeit im Bereich der europäischen Eliten verwiesen werden, sozusagen auf die Transnationalisierung der "oberen Etagen" von Öffentlichkeit. Exemplarisch sind hier bestimmte intellektuelle Eliten (programmatisch Bourdieu 1989) oder auch die transnationale Finanzpresse in ihrer informierenden, vielleicht auch meinungsbildenden Funktion für die Inhaber von leitenden oder unternehmerischen Funktionen im ökonomischen Bereich (Parsons 1989; Schlesinger/Kevin 2000). Das Bild einer Differenzierung zwischen *cosmopolitans* und *locals* (Hanerz 1990), einer Stratifikation von Öffentlichkeit, in der transnationalisierte Strata eine Pluralität „borderter“ regionaler Segmente überlagern, ähnelt dem Bild der vor- oder frühmodernen europäischen Kultur, das Gellner (1983) gezeichnet hat. Wirklich systematische Analysen dieser Struktur liegen jedoch nicht vor.

⁹ Ein wichtiger Ansatz zur Formulierung eines solchen Schemas findet sich bei Steeg (2000). Ihre eigene empirische Analyse konzentriert sich dann aber wieder nur auf eine der Dimensionen des Schemas (s. neuerdings auch Risse 2002).

Möglichkeit, daß sich Englisch zur allgemeinen europäischen Zweitsprache entwickeln könnte (de Swaan 1993). Ob sich damit ein gesteigertes Interesse des Publikums für gesamteuropäische englischsprachige Massenmedien entwickelt, ist natürlich ungewiß.

- *Fehlen einer kollektiven Identität*, die ein Publikumsinteresse an der gemeinsamen Verständigung über EU-Angelegenheiten begründen würde: Neidhardt, Koopmans und Pfetsch (2000: 276ff.) argumentieren, daß europäische Öffentlichkeit die Entwicklung eines transnationalen, europazentrierten Kollektivbewußtseins voraussetze. Als möglicherweise identitätsstiftendes Element nennen sie unter anderem die Abgrenzung von den USA.
- *Schwache intermediäre Strukturen*: Die häufig beschriebene Schwäche einer wirklich EU-weiten Infrastruktur der Interessenartikulation und -aggregation (Parteien, Verbände und Interessengruppen, andere NGOs), wird als Problem auch für die Entwicklung von Öffentlichkeit bezeichnet, weil die entsprechenden kollektiven Akteure oder ihre Vertreter als Sprecher (Produzenten von Beiträgen) ausfallen (Lepsius 1991; Kielmansegg 1996; Scharpf 1997, 1999). Umgekehrt begründet für manche Autoren der Hinweis auf die Verbreitung solcher Strukturen in Form von europäisierten NGOs oder NGO-Kooperationen eine Erwartung auf die Zunahme europäischer Öffentlichkeit (vgl. die in Fußnote 7 erwähnte Literatur). Empirisch wenig geklärt ist aber, welche Rolle solche kollektiven Akteure (unter Ausnahme der prominenten Funktion von Regierungs- und Oppositionspolitikern) für öffentliche Deliberationen tatsächlich spielen.
- *Institutionelle Verfassung der EU*: Die gegenwärtige Struktur der EU-Institutionen entbehrt bestimmter publizitätsfördernder Elemente, die für nationale politische Systeme charakteristisch sind. Dazu gehört vor allem das Fehlen eines gesamteuropäischen Parteienwettbewerbs und einer Regierungs- und Oppositionsstruktur sowie die Nichtöffentlichkeit vieler Entscheidungsprozesse (Gerhards 2002). In diesem Kontext wird zudem auf die unzulängliche Öffentlichkeitsarbeit der EU verwiesen, zu der einige empirische Studien vorliegen (Meyer 1999).

Systematischere Formulierungen und empirische Überprüfungen solcher Hypothesen sind erst noch zu entwickeln.

Empirische Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und Legitimität am Fall der EU

Wie oben gezeigt, können die Beziehungen zwischen Öffentlichkeit, kollektiver Identität und Legitimität als normative oder begriffliche Beziehungen, als normativ-

empirische Bewertungen (etwa von „Defiziten“) oder als empirische Kausalverhältnisse gefaßt werden. Für die Literatur über Öffentlichkeits- und Legitimitätsprobleme der EU ist durchweg die zweite Perspektive charakteristisch (wie oben schon erwähnt): *Legitimität* fungiert hier nicht als empirischer, sondern als normativer Begriff. *Empirisch* wird nach dem Ausmaß von Öffentlichkeit (oder Demokratie) gefragt, das auf europäischer Ebene vorhanden ist – und aus einer möglicherweise geringen Entwicklung von Öffentlichkeit und Demokratie auf dieser Ebene wird dann *gefolgert*, daß die EU ein „Legitimationsproblem“ hat oder ein „Legitimitätsdefizit“ aufweist. Allerdings sind manche Defizitdiagnosen nicht völlig klar im Hinblick auf die Kombination von normativen und empirischen Elementen, siehe etwa Scharpfs Verwendung von „*Input*“- und „*Output*-Legitimität“, wo nicht immer deutlich ist, ob hier Idealtypen oder jeweils entsprechende empirische Formen von Akzeptanz oder Nichtakzeptanz unterstellt werden (Scharpf 1999, ähnlich Kielmansegg 1994).

Jedenfalls fehlt es an Untersuchungen über die empirische Auswirkung von (wahrgenommenen) Öffentlichkeitsdefiziten auf die faktische Akzeptanz der EU-Institutionen oder Politiken. Zwar gibt es zahlreiche empirische Forschungen über den Zusammenhang von Öffentlichkeit (genauer: massenmedialer Öffentlichkeit) und der Akzeptanz politischer Ordnungen, aber diese beziehen sich auf die nationale Ebene – und weisen in der überwiegenden Tendenz in die entgegengesetzte Richtung, also auf einen *negativen* Einfluß der Massenmedien (Wolling 2000, kritisch zu dieser These Norris 2000). Was die EU betrifft, gibt es vereinzelte Analysen, die sich mit dem Einfluß negativer oder kritischer Presseberichterstattung auf Bevölkerungseinstellungen befassen. Für unsere Fragestellung gilt jedoch, daß inhaltliche Stellungnahmen der Medien zur EU nicht als Merkmal der Europäisierung von Öffentlichkeit betrachtet werden sollten, sondern als ein zusätzlicher Einflußfaktor auf Legitimität und Akzeptanz – der möglicherweise, aber nicht notwendig verbunden sein könnte mit einer strukturellen Europäisierung von Öffentlichkeit.

Fazit

Insgesamt finden wir im hier betrachteten Forschungsfeld also nur sehr sporadische empirische Befunde im Hinblick auf das Ausmaß und die Formen der Transnationalisierung von öffentlichen Kommunikationen. Zudem fehlt noch ein zugleich differenzierendes und zusammenfassendes Schema der Formen von Transnationalisierung von Öffentlichkeit. Im folgenden Forschungsplan wird ein solches analytisches Schema entwickelt; die erste Phase des Projekts dient einer systematischen Erfassung der Entwicklungstrends in den verschiedenen Dimensionen. Im Hinblick auf die *Konsequenzen* der Transnationalisierung (oder fehlender Transnationalisierung) von Öffentlichkeit insbesondere für die Legitimität transnationaler politischer

Ordnungen (der EU) und die *fördernden und hemmenden Bedingungen* solcher Transnationalisierungs- oder Europäisierungsprozesse gibt es bisher keine geeigneten Forschungsdesigns. Der Plan des Projekts entwickelt erste Designs für die zweite und dritte Sfb-Phase.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Bernhard Peters hat zu theoretischen und konzeptionellen Fragen von Öffentlichkeit und öffentlichen Diskursen gearbeitet (Peters 1994, 1997, 1999, 2001). Diese Untersuchungen liefern eine theoretische Grundlage des vorliegenden Projekts. Ein paralleles, unabhängig begonnenes empirisches Forschungsprojekt beschäftigt sich mit Strukturen und Funktionen öffentlicher Diskurse in der BRD. Dieses Projekt wird weitere konzeptionelle und empirische Beiträge zur hier geplanten Untersuchung leisten.

Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten

- Peters, Bernhard (1994) „Der Sinn von Öffentlichkeit“ in: Friedhelm Neidhardt, Hg. *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* Opladen: Westdeutscher Verlag 42-76 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 34)
- (1997) „„Multikulturalismus‘ und ‚Differenz‘“. In: Herfried Münkler & Bernd Ladwig, Hg. *Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit* Berlin: Akademie-Verlag 223-254
 - (1997) On Public Deliberation and Public Culture, Bremen: Universität, InIIS (InIIS Arbeitspapier 7/97)
 - (1998) Identity Questions, Bremen: Universität, InIIS (InIIS Arbeitspapier 10/98)
 - (1999) „Nationale und transnationale Öffentlichkeiten. Eine Problemskizze“ in: Claudia Honegger, Stefan Hradil & Franz Traxler, Hg. *Grenzenlose Gesellschaft?* Opladen: Leske+Budrich, Bd. 2, 661-674
 - (1999) Understanding Multiculturalism, Bremen: Universität, InIIS (InIIS Arbeitspapier 14/99)
 - (2000) „Normative Theorie und soziale Empirie“ in: Stefan Müller-Doohm, Hg. *Das Interesse der Vernunft* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 274-299
 - (2001) „Deliberative Öffentlichkeit“ in: Klaus Günther & Lutz Wingert, Hg. *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 655-677

3.5 Arbeitsprogramm (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)

3.5.1 Forschungsziele

Unter *Öffentlichkeit* sollen hier *öffentliche Deliberationen* verstanden werden. Kommunikationen heißen *öffentlich*, wenn sie frei zugänglich sind im Sinne des Fehlens besonderer Zugangsschranken (Qualifikation, Bekanntschaft, Organisati-

onsmitgliedschaft), und *deliberativ*, wenn es sich um die Zirkulation von Äußerungen handelt, deren Geltungsansprüche durch Evidenzen oder Rechtfertigungen unterstützt werden (also um Äußerungen im Sinne von Debattenbeiträgen, die zumindest implizit an aktuellen oder potentiellen Einwänden orientiert sind).¹⁰

Der hier verwendete Öffentlichkeitsbegriff impliziert eine Konzentration auf ein bestimmtes *Segment* öffentlicher Kommunikationen. Die verbreiteten Erwartungen im Hinblick auf positive Funktionen transnationaler Öffentlichkeiten beziehen sich implizit oder explizit primär auf diese Kommunikationsform, die auch von den normativen Demokratie- und Öffentlichkeitstheorien besonders ausgezeichnet wird. Außerdem scheint die Annahme plausibel zu sein, daß öffentliche Diskurse das wichtigste Medium sind, in dem einflußreiche "Ideen" (kognitiver und evaluativer Art) generiert und verbreitet werden. Weiter läßt sich vermuten, daß solche intellektuellen Gehalte relevant sind für kollektive Selbstverständnisse, für politische Legitimitätsüberzeugungen und für politische Meinungs- und Willensbildungen. Dabei wird sich die Untersuchung auf *publizistische Deliberationen* in der *Presse* konzentrieren. Dafür spricht (neben der besseren Verfügbarkeit und Auswertbarkeit im Vergleich zu den elektronischen Medien) der Umstand, daß Printmedien nach wie vor das wichtigste Forum öffentlicher Deliberation sind, gemessen an Umfang, Vielfalt und Ideengehalt der Beiträge.¹¹

Die Transnationalisierung von öffentlichen Diskursen soll untersucht werden an Beispielen aus dem Bereich der EU. Wegen der relativ weit fortgeschrittenen sozialen und kulturellen Gemeinsamkeiten und Verflechtungen der in diesem Rahmen eingeschlossenen Länder und wegen des relativ hohen Grades ihrer transnationalen politischen Integration sollte man hier am ehesten eine Transnationalisierung von Öffentlichkeit erwarten. Aus der Betrachtung des Forschungsstandes ergab sich, daß der Begriff der „europäischen Öffentlichkeit“ *disaggregiert* werden sollte. Transnationalisierung (oder spezifischer:) Europäisierung von Öffentlichkeit ist ein multidimensionales und graduelles Phänomen.

¹⁰ *Öffentliche Diskurse* oder *Deliberationen* bezeichnen hier beide die öffentliche Zirkulation von Beiträgen mit *Urteils-* oder *Meinungsgehalt*. *Debatten* im Sinne themenzentrierter Diskussionen sind *eine* (wichtige) Form öffentlicher Deliberation. Aber auch der stete Fluß von Meinungsbeiträgen zu wechselnden Themen in Massenmedien fällt hier unter „Diskurs“ oder „Deliberation“.

¹¹ Das bedeutet, daß wir nicht alle Zeitungsbeiträge betrachten, die über bloße Meldungen oder unproblematisierte Tatsachendarstellungen hinausgehen, sondern nur die die „Meinungen“ (Analysen, Interpretationen, Bewertungen) mit einem Minimum an Begründungen oder Belegen präsentieren. Die Unterhaltungs-, Sport- und Ratgeberteile der Periodika werden wir nicht einbeziehen, Kunst-, Literatur-, Film- und Fernsehkritik nur dann, wenn sie kulturkritische oder gesellschaftspolitische Aussagen enthalten.

Formen der Transnationalisierung oder Europäisierung deliberativer, publizistischer Öffentlichkeiten (1. Phase)

Wir unterscheiden sieben Dimensionen der Transnationalisierung und spezieller der Europäisierung öffentlicher Kommunikation: **1.** Zunahme internationaler bzw. EU-bezogener Themen öffentlicher Diskurse. **2.** Wachsende Ähnlichkeit der Agenda öffentlicher Diskurse in verschiedenen Ländern. **3.** Ähnlichkeit von „Diskurskonstellationen“ in verschiedenen Ländern. **4.** Transnationalisierung von Publikumsidentitäten. **5.** Transnationale Zirkulation von Ideen, Beiträgen und Autoren und wechselseitige Bezugnahme in Debattenbeiträgen. **6.** Verbreitung transnationaler Massenmedien. **7.** Verbreitung transnationaler meinungsbildender Assoziationen und Netzwerke.

Die Dimensionen im Einzelnen

(1.) *Transnationale Inhalte von Berichterstattungen und öffentlichen Diskursen:* Berichte, Analysen, Kommentare über zwischenstaatliche Beziehungen wie vor allem über die internen Verhältnisse und Entwicklungen in anderen Ländern sind eine elementare und traditionelle Form der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten. In unserem Zusammenhang ist von besonderem Interesse: Welchen Anteil nehmen Bezugnahmen auf andere Mitgliedstaaten der EU und auf die Europäische Union insgesamt in publizistischen Beiträgen im Vergleich zu *anderen internationalen Referenzen* sowie zu den jeweiligen *nationalen* Themen ein? Dabei geht es nicht nur um Beiträge, die sich auf Gegenstände der EU-Institutionen oder der EU-Politik im engeren Sinn beziehen (z.B. Probleme der institutionellen Struktur oder einzelner von den EU-Organen verfolgter *policies*), sondern auch um die Thematisierung genereller sozialer oder kultureller Entwicklungen und Probleme des EU-Raums, Debatten über „europäische Identität“ und ähnliches. Analog wären Beiträge über andere soziogeographische Räume zu behandeln, bei denen eine Mitgliedschaft des eigenen Landes angenommen wird: vor allem die „westliche Welt“, sowie Beiträge, in denen eine spezielle Partnerschaftsbeziehung artikuliert wird – etwa gegenüber den USA.

(2.) *Ähnlichkeit oder Überlappung der Agenda öffentlicher Diskurse in verschiedenen Ländern:* Diese Dimension bezieht sich auf das Ausmaß, in dem in verschiedenen Ländern in gleichen Zeiträumen über die gleichen oder ähnliche Themen debattiert wird. Das bezieht sich auf die Themenwahl generell und besonders auf Themen, in denen die EU thematisiert wird.¹²

¹² Die parallele Diskussion bestimmter Themen in verschiedenen Ländern ist an sich eine schwache Form der Transnationalisierung von Öffentlichkeit. Sie bedeutet ja unter Umständen nicht mehr, als daß bestimmte Ereignisse, Entwicklungen oder Probleme zugleich in verschiedenen Ländern, aber möglicherweise unter national recht verschiedenen Gesichtspunkten debattiert werden. Verantwort-

(3.) *Ähnlichkeit und Transnationalisierung von Diskurskonstellationen in verschiedenen Ländern:* „Diskurskonstellation“ bezieht sich hier auf Debatten über ein bestimmtes Thema. In solchen Kontroversen stehen sich häufig zwei, manchmal mehr Positionen gegenüber, die unter Umständen von identifizierbaren Gruppen oder Lagern (*camps*) getragen werden. Die verschiedenen Positionen können auf einer relativ ähnlichen Problemdefinition (*frame*) beruhen, oder sie können unterschiedliche *frames* verwenden, die andere Problemaspekte betonen oder abweichende Verantwortungszurechnungen verwenden. Die jeweilige Kombination dieser Faktoren (Thema, unterschiedliche Positionen und ggf. deren soziale Träger, einheitliche oder multiple *frames*) nennen wir eine „Diskurskonstellation“. Das Ausmaß, in welchem ähnliche Themen in verschiedenen Ländern in ähnlichen Konstellationen diskutiert werden (oder umgekehrt, das Maß in dem die Frontlinien der Debatten und die spezifischen Deutungen der jeweiligen Themen in verschiedenen Ländern sich unterscheiden), ist ein weiteres interessantes Datum.

(4.) *Transnationalisierung/Europäisierung von Publikumsidentitäten:* In nationalen öffentlichen Debatten findet sich nicht nur häufig eine Bezugnahme auf das eigene, nationale politische Kollektiv und deren politische Einrichtungen, sondern auch eine implizite oder explizite Selbstidentifikation als nationales Publikum, das bestrebt ist, sich eine Meinung zu bilden, oder von den aktiven Teilnehmern adressiert wird. Dabei wirken in der Regel bestimmte Formen kultureller Gemeinsamkeit und kollektiver Identität als unterstellter oder faktisch geteilter Hintergrund (beispielsweise selbstverständliche Bezugnahmen auf geteilte historische Erfahrungen). Das geht häufig einher mit der Abgrenzung oder Kontrastierung gegenüber anderen Kollektiven. Ein wichtiges Datum für die Transnationalisierung öffentlicher Debatten ist das Ausmaß, in welchem das unterstellte kollektive „wir“ über nationale Grenzen hinaus erweitert wird (zum Beispiel auf „Europa“ oder „die westliche Gemeinschaft“) und entsprechende Abgrenzungen und Kontrastierungen (gegenüber „Osten“ oder „Süden“, möglicherweise gegenüber „Amerika“ o.ä.) wichtiger werden.¹³

lich für diese Gleichzeitigkeit mag die mehr oder weniger evidente internationale Bedeutung von Ereignissen oder Prozessen sein – internationale Rezessionen, Veränderungen des Weltklimas o.ä., oder Prozesse der transnationalen Diffusion von Debattenthemen, etwa in „Moden“. Sie bedeutet noch nicht, daß sich die nationalen Relevanzstrukturen (Kriterien für die Bedeutsamkeit bestimmter Themen) oder Interpretationsmuster (die Deutung oder „Rahmung“ von bestimmten Themen) angenähert, oder daß sich gar transnationale Relevanzstrukturen in der Form geteilter Bedeutsamkeitskriterien innerhalb einer transnationalen Gemeinschaft herausgebildet hätten. Auf *diese* Aspekte richten sich die nächsten beiden Dimensionen.

¹³ Das ist natürlich vor allem bei solchen Beiträgen interessant, in denen nicht per se transnationale Institutionen oder Gemeinschaften, also hier die EU, adressiert werden, sondern in denen die Zuordnung nach den historischen und institutionellen Gegebenheiten offen ist und so oder so interpretiert werden kann.

(5.) *Transnationale Zirkulation von Argumenten, Beiträgen und Autoren und wechselseitige Bezugnahme in Beiträgen*: Eine wichtige Frage im Hinblick auf die Transnationalisierung oder Europäisierung von Öffentlichkeit ist die, ob es in einem gegebenen transnationalen, also etwa europäischen Raum eine intensiviertere Zirkulation von Ideen, Beiträgen oder auch „Sprechern“ (Autoren) gibt und sich Diskussionsbeiträge überhaupt, aber insbesondere in argumentativer Weise, auf Äußerungen oder Positionen beziehen, die innerhalb dieses Kommunikationsraums, aber jenseits der eigenen nationalen Grenzen publiziert worden sind. Eine elementare Form der transnationalen Zirkulation von Beiträgen oder Argumenten ist die Rezeption solcher Produkte in einem anderen Land und die Bezugnahme darauf in eigenen Beiträgen (durch Zitate, Referate oder andere Referenzen, und durch Zustimmung oder Widerspruch). Importe und Exporte von kulturellen Produkten oder Beiträgen „in toto“ sind eine andere elementare Form der Kommunikation über Ländergrenzen hinweg. Diese Kommunikationsprozesse liegen offen zutage, wenn Bücher, Presseerzeugnisse (Periodika oder einzelne Artikel), Filme, Fernsehbeiträge importiert oder exportiert werden (sei es in Originalform, sei es in übersetzten Fassungen). Auch Originalbeiträge ausländischer Autoren in den Print- oder elektronischen Medien könnten wir als eine Art Export kultureller Dienstleistungen und eine Form transnationaler Kommunikation verstehen. Versteckter sind diese Kommunikationsflüsse, wenn es um die Diffusion von Ideen oder anderen kulturellen Elementen geht, die sich auf dem Wege der Beeinflussung von Autoren oder anderen kulturellen Produzenten durch interpersonelle Kontakte oder individuelle Beobachtung der Öffentlichkeiten anderer Länder (z.B. Lektüre von Periodika oder Buchpublikationen) vollzieht, sofern sie nicht durch explizite Bezugnahmen ausgewiesen sind.¹⁴ Weiter wären Bezugnahmen (Darstellungen, unterstützende oder kritische Kommentare oder Repliken usw.) auf deliberative Beiträge aus anderen nationalen Kontexten zu erfassen (von der einfachen Zitierung über Presseschauen bis hin zu expliziten Referaten und Auseinandersetzungen).

Das betrifft zum Beispiel Politikbereiche, in denen es Kompetenzmischungen mit manchmal fließenden oder sich verändernden Grenzen zwischen nationaler und europäischer Ebene gibt, z.B. diverse außenpolitische Fragen, Einwanderungspolitik, „innere Sicherheit“ o.ä., oder auch allgemeine gesellschaftliche oder kulturelle Probleme, bei denen die Adressierung von Verantwortlichkeit bzw. deren Verteilung relativ offen ist, etwa Erziehung und Familie. Aber auch bei sozusagen institutionalisierten EU-Themen (EU-Politiken oder Fragen der institutionellen Verfassung und Arbeitsweise) kommt es darauf an, ob sie eher in einer nationalen Perspektive gesehen werden oder als Angelegenheit potentiell aller Angehöriger einer Europäischen Gemeinschaft.

¹⁴ Es ist zu vermuten, daß es in diesem Bereich ausgeprägte Ungleichgewichte oder Asymmetrien gibt – einmal im Hinblick auf den jeweiligen „Außenhandelsanteil“ an der Gesamtheit öffentlicher Kommunikation, zum anderen und vor allem aber im Hinblick auf die „Handelsbilanz“, das Verhältnis von Importen und Exporten.

(6.) *Transnationale Massenmedien*: Transnationale Medien wären eine wichtige Infrastruktur für transnationale Öffentlichkeiten. Hier sind allerdings verschiedene Fälle zu unterscheiden. Bestimmte transnationale Medienkonzerne kontrollieren Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehprogramme in mehreren Ländern. Sofern die Periodika oder Programme aber von nationalen Redaktionen erstellt werden, entstehen natürlich noch keine transnationalen Medien. Bestimmte Presseorgane haben eine relativ große transnationale Zirkulation (zumindest relativ zu ihrer Gesamtauflage), während ihre Produktionsstruktur (Redaktionen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen usw.), ihre Agenda und ihre typischen Interpretationen und Positionen weiterhin national geprägt sind – oder binational, wie gelegentlich im Fall der USA und Großbritanniens. Wichtig zu klären wäre, ob es Tendenzen zu einer Entwicklung von Massenmedien mit genuin transnationaler Produktionsstruktur (transnational rekrutierten Journalisten und sonstigen Beitragslieferanten) und transnationaler Verbreitung gibt.

(7.) *Transnationale Assoziationen und Netzwerke als „Öffentlichkeitsproduzenten“*: Eine weitere mögliche Form der Transnationalisierung von Öffentlichkeit wäre die Transnationalisierung bestimmter „Produktionsstrukturen“ von Öffentlichkeit *außerhalb* der Massenmedien. Dazu gehören einerseits möglicherweise transnational organisierte oder vernetzte Interessengruppen oder Assoziationen, die versuchen, auf öffentliche Deliberationen einzuwirken bzw. daran teilzunehmen. Für die Zwecke des vorliegenden Projekts ist vor allem interessant, in welchem Umfang die Positionen und Argumente solcher kollektiver Akteure in den publizistischen Medien präsent sind (jenseits bloßer *Information* über ihre Aktivitäten, z.B. die Erwähnung von Protestereignissen). Von Interesse sind also nicht alle Versuche solcher kollektiver Akteure, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, sondern nur solche, die zu ihrer Repräsentanz bzw. der Artikulation ihrer Positionen in der deliberativen, publizistischen Öffentlichkeit führen. Diese Form „transnationalisierter Produktion“ von Beiträgen zu öffentlicher Deliberation wäre also primär zu erfassen durch die Betrachtung der Publizistik selbst. Eine weitere interessante Kategorie von „Produzenten“ wären transnationale intellektuelle Milieus oder Expertennetzwerke, die über informelle Kontakte oder formelle Assoziationen, bestimmte transnational verbreitete Publikationsorgane und ein transnationales Konferenz- und Veranstaltungswesen unter sich kommunizieren. Auch hier sind zunächst die publizistischen „Niederschläge“ solcher Aktivitäten zu erfassen. Daneben sollten transnationale Netzwerke intellektueller oder publizistischer Eliten auch mit anderen Mitteln (Befragung, Dokumentenanalyse) erfaßt werden.

Verhältnis und Zusammenhang der verschiedenen Dimensionen

Die ersten 5 Dimensionen lassen sich (bei entsprechender Spezifikation) als ordinale Ordnung im Hinblick auf den Grad der Europäisierung von Öffentlichkeit verstehen: Es läßt sich sagen, daß sie jeweils ein höheres Niveau der Europäisierung von Öffentlichkeit darstellen. Im Sinne der üblichen normativen Annahmen über Öffentlichkeit und Legitimität ließe sich sagen, daß die Entwicklungen der Dimensionen 1 bis 3 noch keine adäquate Europäisierung darstellen. Eine positive Entwicklung der Dimensionen 4 und 5 würde dagegen bereits die Entstehung eines gemeinsamen europäischen „Öffentlichkeitsraumes“, einer Sphäre verdichteter Deliberation und eines europäischen Publikums im Sinne eines über bestimmte Kommunikationen verbundenen und sich selbst identifizierenden Kollektivs andeuten.

Die Dimensionen 6 und 7 betreffen die soziale oder organisatorische Infrastruktur transnationaler Deliberation. Eine Europäisierung von Öffentlichkeit in den Dimensionen 1 bis 5 ist denkbar auch ohne transnationale Massenmedien oder „Produktionsstrukturen“ (im angegebenen Sinn). Die Entwicklung transnationaler Medien würde aber eine Transnationalisierung in den Dimensionen 1 bis 5 einschließen oder voraussetzen – und könnte wiederum empirisch eine fördernde Wirkung auf die Entwicklung in diesen Dimensionen haben. Ähnliches gilt für die genannten „transnationalen Produktionsstrukturen“: Ihre publizistische Wirksamkeit würde eine positive Wirkung (in unbekanntem Umfang) auf die Verstärkung der Transnationalisierung (oder Europäisierung) in den Dimensionen 1 bis 5 einschließen. Andere kausale Beziehungen zwischen diesen Dimensionen sind denkbar, so etwa eine positive Auswirkung der Entwicklung einer europäischen Publikumsidentität in Medienbeiträgen (Dimension 4) auf die anderen Dimensionen.

Fördernde und limitierende Bedingungen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit (2. Phase)

Die Erfassung von Europäisierungstendenzen in der ersten Phase ist eine Voraussetzung der Untersuchung von Bedingungsfaktoren dieser Entwicklungen in den anschließenden Forschungsphasen. Wir gehen davon aus, daß nationale Öffentlichkeiten auf komplexen Konstitutionsbedingungen beruhen, welche kulturelle Faktoren (geteilte kollektive Identitäten und kulturelle Deutungsressourcen), soziale Praktiken und institutionelle Strukturen einschließen. Öffentlichkeiten haben einen sozialen und kulturellen Unterbau, der nicht allein aus Medienmärkten und Medienorganisationen besteht. Von Bedeutung sind viele andere Strukturen, die auf intellektuelle Produktion und Rezeption, auf kollektive Interessen- und Problemdefinitionen einwirken – von Bildungs- und Forschungseinrichtungen über journalistische und andere Professionen zu Netzwerken (und Cliques) von kulturellen oder intellektuellen Produzenten und schließlich zu Strukturen der Interessenartikulation

und -aggregation wie Parteien, Interessenverbänden oder sozialen Bewegungsorganisationen und -milieus. Das Zusammenwirken oder die „Synergie“ solcher Faktoren prägen den Charakter der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit und stellen möglicherweise ein erhebliches Beharrungs- oder Trägheitselement gegenüber der Auflösung nationaler Eigenarten und Abgrenzungen der öffentlichen Sphäre und gegenüber der Herausbildung transnationaler Öffentlichkeiten dar. Umgekehrt ist anzunehmen, daß die Herausbildung einer analogen Konstellation auf europäischer Ebene die Entwicklung eines ähnlich komplexen Bündels von Konstitutionsbedingungen erfordert, die zumindest teilweise synchron durch sich wechselseitig stützende und bedingende Prozesse erfolgen muß.

Für uns ist eine Gesamterfassung dieses Kausalgeflechtes nicht zu leisten. Statt dessen werden wir uns auf einzelne wichtige Bedingungsbeziehungen innerhalb dieses Geflechtes konzentrieren. Allerdings wird die Auswahl der zu betrachtenden kausalen *links* beeinflußt werden von den überhaupt noch zu liefernden deskriptiven Befunden über das *Explanandum*: Grad und Art der Europäisierung von Öffentlichkeit (einschließlich des zeitlichen Profils dieser Entwicklungen). Je nachdem, ob wir relative Stagnation vorfinden oder Veränderungen (und zumal unterschiedliche Entwicklungstempi in verschiedenen Perioden), und je nachdem ob sich länderspezifische Entwicklungen gleichen oder differieren, werden sich unterschiedliche Analysemöglichkeiten ergeben.¹⁵

Gegenwärtig scheint uns die Untersuchung der folgenden angenommenen Kausalzusammenhänge besonders wichtig und aussichtsreich, wobei die Untersuchung in parallelen, wenn auch verbundenen Modulen durchzuführen sein wird. Die ersten drei dieser möglichen Kausalzusammenhänge sind in der Forschung schon thematisiert worden, zumindest in Form von Vermutungen (siehe Forschungsstand). Die Rolle einer soziokulturellen Infrastruktur öffentlicher Meinungsproduktion sowie das Verhältnis von Politiktypen und öffentlicher Aufmerksamkeit im Vergleich von nationaler und europäischer Ebene sind bisher auch konzeptionell noch unterbelichtet:

- *Sprachgrenzen* als Hindernis für die Entstehung einer einheitlichen öffentlichen Sphäre: Zur Untersuchung der Möglichkeit der Entstehung einer gemeinsamen Öffentlichkeit in multilingualen politischen Räumen sollen zwei Fallstudien dienen, die sich auf die Schweiz und Belgien beziehen. An diesen Fällen soll beschrieben werden, wie sich der nationale Meinungs Austausch über

¹⁵ Die Relevanz der Untersuchung länderspezifischer Kausalfaktoren hängt z.B. davon ab, ob die Europäisierung von Öffentlichkeit eine entsprechende Varianz nach Ländern aufweist. Sonst ließe sich nur folgern, daß die betrachteten Länderunterschiede *keinen notwendigen* Einfluß haben.

Sprachgrenzen hinweg entwickelt hat und wie er funktioniert. Das ist zu vergleichen mit den Bedingungen der EU.

- *Europäische kollektive Identität* als Vorbedingung oder fördernde Bedingung: Soweit nicht bis dahin Ergebnisse von anderer Seite vorliegen, soll die Entwicklung europäischer Identität nur erfaßt werden über die Publizistik-Analyse der ersten Phase (speziell Dimension 4 der oben dargestellten 7 Untersuchungsdimensionen, also die "Transnationalisierung/Europäisierung von Publikumsidentitäten"). Insoweit wäre zu ermitteln, ob die Entwicklung einer europäischen Publikumsidentität als Teil der Europäisierung von Öffentlichkeit (wie auch als Element einer europäischen kollektiven Identität) die *anderen* Dimensionen der Europäisierung von Öffentlichkeit beeinflusst.
- *Charakter der EU-Institutionen und intermediäre Strukturen*: Die Erhebung von (wenn auch beschränkten) Zeitreihen zur Europäisierung von Öffentlichkeit soll ermöglichen, die Auswirkung der Veränderungen von Strukturen der EU-Polity (in der Zukunft insbesondere Verfassungskonvent und Ergebnisse) für die EU-Öffentlichkeit im Zeitvergleich abzuschätzen.
- *Entwicklung einer europäischen „Infrastruktur der Meinungsproduktion“*: Auch diese Bedingung soll nur im Rahmen der Öffentlichkeitsanalyse der ersten Phase erfaßt werden (Dimension 7) und ebenfalls im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die anderen Dimensionen analysiert werden.
- *„Nachrichtenfaktoren“*: Die Ergebnisse der geplanten deskriptiven Erhebungen zur Aufmerksamkeitsverteilung auf unterschiedliche Bereiche innerhalb der untersuchten Medien einiger EU-Länder soll Grundlage einer vergleichenden Untersuchung darüber sein, ob die gleichen politischen Materien signifikant unterschiedliche öffentliche Aufmerksamkeit wecken, je nachdem, ob sie im Rahmen nationaler oder europäischer politischer Institutionen verhandelt werden. Die zu prüfende Hypothese ist, daß das „Öffentlichkeitsdefizit“ der EU in relevantem Umfang bedingt ist durch den Charakter der dort bearbeiteten politischen Materien.

Konsequenzen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit - oder ihrer Defizite: Identität und Legitimität (3. Phase)

In der nächsten Phase soll das Verhältnis von Transnationalisierung bzw. Europäisierung von Öffentlichkeit und der Legitimität der Institutionen und Politiken der EU analysiert werden. Dabei ist zunächst die Problemstellung zu bearbeiten, die oben „normativ-empirisches Legitimitätsurteil“ genannt wurde: Die bis dahin erarbeiteten Befunde über Formen und Entwicklungsgrade von Öffentlichkeit sind in Beziehung zu setzen zu normativen Ansprüchen, die in entsprechenden normativen Demokratie- und Legitimitätstheorien entwickelt worden sind, jedoch nicht nur so,

daß größere oder geringere Legitimitätsdefizite gefolgert werden, sondern auch so, daß die Kontrastierung von normativen Maßstäben und empirischen Befunden einhergeht mit einer Überprüfung und möglicherweise Reformulierung der normativen Leitbilder und Kriterien: Sind die vorliegenden normativen Konzepte „demokratischer Legitimität“ plausibel oder liefern Probleme ihrer Anwendung oder Erfüllung normative Argumente für eine revidierte Konzeption?¹⁶

Zu untersuchen sind weiter die *empirischen* Konsequenzen einer Europäisierung von Öffentlichkeit oder ihres Fehlens für Legitimität und kollektive Identität. Gibt es einen *cultural lag* derart, daß die Herausbildung einer genuinen europäischen Öffentlichkeit nicht nur in irgendeinem allgemeinen Sinn zurückbleibt hinter der Entwicklung transnationaler politischer Institutionen mit erheblichen Kompetenzen, sondern daß diese Institutionen *deswegen* unter einem empirisch identifizierbaren Legitimitätsdefizit leiden? Führt die Stärkung einer transnationalen EU-Öffentlichkeit zu größerer Akzeptanz und Unterstützung der politischen Institutionen und ihrer Entscheidungen – vielleicht vermittelt durch ein verringertes Mißtrauen gegenüber den (bislang als intransparent empfundenen) Institutionen, eine positive öffentliche Bewertung europäischer Institutionen und Politiken, sowie durch die Entwicklung bestimmter Elemente einer kollektiven Identität (Wahrnehmung geteilter Interessen, Aspirationen und Solidaritäten, wechselseitiges Vertrauen) und ein verbessertes demokratisches Selbstwertgefühl?

Wiederum wird die Präzisierung der Fragestellung und des Untersuchungsdesigns zum Teil abhängen von den Befunden zur Europäisierung oder Nicht-Europäisierung von Öffentlichkeit, die in der ersten Phase zu erarbeiten sind. Soweit sich deutliche Veränderungen im Europäisierungsgrad zeigen (einheitlich oder unterschiedlich in den betrachteten Ländern), werden wir mit den entsprechenden Daten der ersten Phase Aufschlüsse über Konsequenzen für die empirische Legitimität (gemessen durch die Werte der Eurobarometer-*Surveys* oder andere bis dahin vorliegende *Survey*-Daten) durch Zeitreihen- oder Ländervergleiche gewinnen können. Dabei wäre Europäisierung (als erklärende Variable) auch zu disaggregieren in die Entwicklung verschiedener Dimensionen. Das gilt besonders für die Dimension 4, die sich auf Elemente einer publizistisch artikulierten kollektiven Identität bezieht. Falls sich die Defizit-These einer fehlenden oder gehemmten Europäisierung bestätigt, wäre wieder zu prüfen, ob das mit einer persistenten Legitimitätschwäche einhergeht (obwohl die Möglichkeit einer definitiven kausalen Inferenz in diesem Fall besonders problematisch ist).

¹⁶ Diese Diskussion wird parallel auch in den anderen Projekten zur „Legitimitätsdimension“ zu führen sein (s. etwa die entsprechenden Ausführungen im Projekt B3).

Analoges gilt für den Zusammenhang von Öffentlichkeit und kollektiver Identität. Auch hier werden wir zur Bestimmung des *Explanandums* auf vorliegende (allerdings eher schwach operationalisierte) *Surveys* zurückgreifen.

3.5.2 *Untersuchungsmethode (1. Phase)*

Als Fälle sollen die BRD, Frankreich, Großbritannien, Österreich und die Niederlande herangezogen werden. Für die Auswahl spricht eine Reihe unterschiedlicher Kriterien: Die drei erstgenannten Länder sind die sowohl politisch wie kulturell einflußreichsten und deswegen für die Entwicklung transnationaler Öffentlichkeit sicher relevantesten EU-Mitglieder. Außerdem können wir uns in diesen Fällen auf viele Forschungsergebnisse aus Bereichen stützen, die für unsere Fragestellungen relevant sind, z.B. Forschungen zur Massenkommunikation und zur politischen Kommunikation, zur politischen und zur intellektuellen Kultur usw. Daneben wählen wir die Niederlande und Österreich als relativ kleine und auch kulturell nicht dominierende Länder. Die Niederlande gelten zudem als kulturell besonders offen, rezeptiv und kosmopolitisch sowie besonders EU-freundlich, eine besonders starke Tendenz zur Europäisierung wäre also naheliegend. Die Einbeziehung der BRD und Österreichs bringt einen transnationalen Sprachraum in den Blick, wodurch Bedingungen bzw. Schranken der Transnationalisierung von Öffentlichkeit, die unabhängig sind von Sprachdifferenzen deutlicher werden können.¹⁷ Die BRD, Frankreich und die Niederlande gehören zu den Gründungsmitgliedern der EG, Großbritannien und Österreich sind der EG in den beiden späteren Erweiterungsphasen beigetreten. Bezogen auf die Strukturen der jeweiligen Diskursöffentlichkeiten weisen die Fälle (soweit man das beim vorhandenen Forschungsstand sagen kann) zudem eine Reihe interessanter typologischer Kontraste auf: enge vs. distanzierte Beziehungen zwischen Diskurseliten und anderen Führungsgruppen (Großbritannien, Frankreich, Niederlande einerseits, BRD und Österreich andererseits); offene und rezeptive Diskurskulturen einerseits, eher abgeschlossene Diskurszenen andererseits (Niederlande und BRD vs. Frankreich und Österreich). Diese Kontraste sind zunächst heuristisch interessant für die Erfassung der Formen und Grade von Transnationalisierung in den verschiedenen Ländern. Ob sie eine explanative Bedeutung haben, wird sich erst im Fortgang der Untersuchung messen und erweisen lassen.

Die Untersuchung von Tendenzen der Europäisierung der Öffentlichkeit soll sich zunächst auf die Jahre 1985, 1995, 2000 und 2005 konzentrieren sowie später nach Möglichkeit zudem das Jahr 2010 einbeziehen. Eine Zeitreihe mit festen Ab-

¹⁷ Großbritannien und Irland wären ein Alternativbeispiel, jedoch sind die historischen Antagonismen dort stärker ausgeprägt und überlagern möglicherweise den Einfluß anderer Faktoren.

ständen ist sinnvoll zur Analyse von Veränderungen. Der Rückgriff auf das Anfangsjahr 1985 schafft einen Referenzpunkt am Beginn des Zeitraums, in dem neuere einschneidende Reformen der EU stattfanden.¹⁸

Die Untersuchung wird sich primär auf die Printmedien beziehen und hier wiederum speziell die jeweiligen nationalen "Qualitätszeitungen" sowie (im Rahmen des Themensamples) auf ausgewählte Wochenzeitungen und politisch-kulturelle Magazine. Die Konzentration auf Printmedien rechtfertigt sich einerseits forschungspragmatisch (geringere Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und -auswertung), andererseits aus der Annahme, daß Printmedien für anspruchsvollere Arten öffentlicher Kommunikation geeigneter und bedeutender sind als elektronische Medien. Für die Untersuchung der ersten Phase werden die folgenden Verfahren angewendet: Inhaltsanalyse von Zeitungsbeiträgen (qualitativ und quantitativ),¹⁹ Auswertung schon erhobener Daten zur Struktur des europäischen Publikationswesens sowie Interviews mit „Publizisten“ (primär Journalisten). Für die Inhaltsanalyse werden zwei Arten von Samples herangezogen: Ein „Querschnittssample“ aus den relevanten Publikationen des jeweiligen Jahres und ein „Themensample“, das Beiträge zu ausgewählten Themen erfaßt, die im Untersuchungsjahr erschienen sind.

Querschnittssample: Für die Inhaltsanalysen werden wir Samples von deliberativen Beiträgen aus je zwei nationalen Qualitätszeitungen heranziehen. Als Textsample werden wir die deliberativen Beiträge (Beiträge mit argumentativem oder „Meinungs“-Gehalt) der Zeitungsausgaben von jeweils einer zufällig ausgewählten Woche pro Quartal der Jahre 1985, 1995, 2000 und 2005 verwenden. Pro Untersuchungsjahr müssen pro Land 48 Zeitungen analysiert und codiert werden (6 Zeitungen pro Woche x 4 Untersuchungswochen x zwei nationale Qualitätszeitungen = 48 Zeitungen). Da wir in der ersten Phase vier Vergleichsjahre heranziehen wollen (1985, 1995, 2000 und 2005) müssen für jedes Land 48 Zeitungen pro Jahr x vier Untersuchungsjahre = 192 Zeitungen analysiert und codiert werden. Die Codierung soll Ende 2005 abgeschlossen werden, so daß für diesen Arbeitsschritt maximal zwei Jahre vorgesehen sind. Ein Querschnittssample ist erforderlich, um einen mög-

¹⁸ Ein noch früherer Vergleichszeitpunkt würde die Probleme der Materialbeschaffung stark erhöhen, verspräche auch nach den Hinweisen der einschlägigen Literatur insofern wenig Vorteil, als die EU-Entwicklung in dieser Periode zumindest öffentlich nicht sehr präsent war und sporadische Untersuchungen (Gerhards 1993, 2000, 2002) zumindest im deutschen Fall keine Hinweise auf eine relevante Europäisierung von Öffentlichkeit gefunden haben.

¹⁹ Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse gehen Hand in Hand: Qualitative Analysen sind erforderlich zur Bildung von Typen oder Kategorien (zum Beispiel im Hinblick auf „Diskurskonstellationen“ oder „Publikumsidentitäten“). Die quantitative Verteilung (relative Anteile und zeitliche Veränderung) solcher Kategorien muss erfaßt werden, um relative Bedeutungen und zeitliche Entwicklungen zu erfassen.

lichst repräsentativen Charakter des Samples an publizistischen Beiträgen zu gewährleisten (während Themensamples in dieser Hinsicht einen erheblich *selection bias* mit sich bringen).

Themensample: Für bestimmte Fragen (Diskurskonstellationen, Publikumsidentitäten) sind andererseits etwas ausführlichere qualitative Inhaltsanalysen bestimmter Debatten nötig. Dazu wollen wir drei Debatten auswählen, die nicht von vorneherein primär als entweder typisch „nationale“ oder „europäische“ Themen bezeichnet werden können, sondern die Alternative einer stärker nationalen oder einer stärker transnationalen Ausrichtung der Debatte zulassen. Zur Zusammenstellung des Themensamples werden wir die relevanten Themenbeiträge des gesamten Untersuchungsjahres, die in den beiden Zeitungen je Land erschienen sind, erheben, auswerten und vergleichen. Neben der klassischen Archivrecherche werden wir auf vorliegende Sekundärliteratur, Online-Datenbanken, CD-ROMs und Mikrofiche zurückgreifen. Nach ersten Recherchen empfehlen sich die Themen Energiepolitik, Fragen des Verhältnisses zu Israel und zum Nahostkonflikt sowie Migrations- und Asylpolitik.²⁰

Für eine Reihe von Fragen werden wir darüber hinaus Jahresregister (soweit vorhanden) oder Pressearchive heranziehen müssen (vor allem wenn es um die Agenda, d.h. die Verteilung von Themen öffentlicher Diskurse, und um Importe oder Exporte von Beiträgen geht). Für die Untersuchung der Entwicklung transnationaler Massenmedien und transnationaler Netzwerke/Assoziationen sind noch andere Datenquellen zu erschließen (Daten über Auflage und Verbreitung der transnationalen Presse, eine begrenzte Menge von Interviews oder Umfragen mit entspre-

²⁰ Für die Frage nach Grad und Art der Europäisierung von Debatten ließen sich verschiedene Arten von Themen unterscheiden:

- *Erstens genuin nationale Themen* (Politikfelder, die noch in eindeutige nationale Zuständigkeit fallen; Entwicklungen im nationalen politischen System; Fragen der nationalen Identität – zum Beispiel Verhältnis zur nationalen Vergangenheit;
- *zweitens genuine EU-Themen* – das heißt die Thematisierung entweder der institutionellen Struktur der EU (z.B. Verfassung, Erweiterung u.ä., oder die Tätigkeiten ihrer Organe usw.) oder von *EU-policies* (d.h. die Formulierung und Durchführung von Programmen und Entscheidungen durch EU-Organe);
- *drittens „potentielle“ EU-Themen* – das sind *issues*, für die sowohl eine nationale wie eine EU-Zuständigkeit gesehen oder in den Vordergrund gerückt werden kann (wie bei den oben als Fallstudien vorgeschlagenen Themenbereichen);
- *viertens unspezifische Themen ohne politisch-territorialen Fokus:* Probleme der westlichen Zivilisation, der Moderne, oder sonstige Menschheitsthemen (Familie und Geschlechterbeziehungen, Religion, Gesundheit und Krankheit, Moral, diverse kulturelle Verfallsdiagnosen ...).

Die dritte Kategorie scheint uns für die Frage der Europäisierung am interessantesten. Dabei waren „zukunftsichere“ Themenbereiche zu wählen – retrospektiv hätten sich die Jugoslawien-Konflikte angeboten, deren zukünftige öffentliche Bedeutung jedoch unsicher ist.

chenden Zielgruppen). Im Hinblick auf die Transnationalisierung der Infrastruktur öffentlicher Deliberationen werden wir uns in der ersten Phase auf die inhaltsanalytische Erfassung der publizistischen Präsenz von transnationalen oder transnational vernetzten „zivilgesellschaftlichen“ Assoziationen und Organisationen beschränken. Netzwerken von Intellektuellen oder sonstigen spezialisierten Meinungsbildern werden wir durch Sichtung von kulturellen und politischen Magazinen sowie von entsprechenden Sparten der Qualitätspresse sowie durch Expertenbefragungen auf die Spur zu kommen suchen.

Tabelle 1 über „Dimensionen der Europäisierung/Transnationalisierung von Öffentlichkeit“ gibt eine zusammenfassende Übersicht zum ersten Untersuchungsteil:

Tabelle 1: Die erste Untersuchungsphase im Überblick

Dimension	Skala, Index	Indikatoren	Datenbasis
Internationale Themen, Europathemen	Anteil an Gesamthemen	Hauptthemen von diskursiven Artikeln (klassifiziert)	Periodika (nationale Qualitätszeitungen), Querschnittssample aus 1985, 1995, 2000, 2005
Ähnlichkeit von Agendas	Ähnlichkeitsmaß	Anteile übereinstimmender Themen öffentlicher Diskurse in gegebenen Perioden (allgemein und bezogen auf transnationale Themen)	dito
Ähnlichkeit von Diskurskonstellationen (<i>frames, positions, camps</i>)	Ähnlichkeitsmaß	Vergleich der Konfliktkonstellation in öff. Debatten zu bestimmten Themen (Problemdeutungen, Konstellation kontroverser Positionen, Identifikation der Konfliktparteien)	Themensample, qualitative und quantitative Inhaltsanalyse: Öffentliche Debatten zu Migrationspolitik, Israel/Naher Osten, Energiepolitik aus den Vergleichsjahren 1985, 1995, 2000 und 2005
Transnationalisierung/Europäisierung von Publikumsidentitäten	Anteil identifizierbarer transnationaler/ europäischer Problemadressaten und Publika („wir“)	Bezugnahmen auf transnationale Institutionen oder politische Gemeinschaften als Problemadressaten, Identifizierung/Adressierung eines transnationalen/europäischen Publikums als meinungsbildende Gemeinschaft, Identifizierung soziokultureller (europäischer, westlicher) Gemeinsamkeiten und Abgrenzung gegen andere	Inhaltsanalyse Themensample
Transnationale Zirkulation von Beiträgen und Autoren	Anteil von Übernahmen, Zitaten aus oder Referenzen auf ausländische Beiträge	Zahl der Übernahmen ausländischer Beiträge, Anteil von Zitierungen und Referenzen auf ausländische Beiträge an Gesamtzitierungen/Referenzen	Inhaltsanalyse Themensample und ggf. etwas erweitertes Sample von publizierten Debattenbeiträgen
Transnationale Massenmedien	Grad der Transnationalität von Verbreitung, Inhalt und Produktionsstruktur (niedriger – höher)	Auflagen in verschiedenen Ländern, soziostrukturelle Merkmale der Leserschaft, Redaktionssitze und nationale Zusammensetzung der Redaktionen, nationale Zusammensetzung der Autoren, Anteile nationaler und transnationaler Themen	Sample transnational verbreiteter Presseorgane (<i>Financial Times, Wallstreet Journal, Transnational Herald Tribune, Economist, European, Time Magazine, Newsweek ...</i>)
Transnationale meinungsbildende Assoziationen und Netzwerke	Größe, Art und Umfang der Beteiligung an bzw. des Einflusses auf öffentliche Debatten	Mitgliederzahlen, Publikationen und Veranstaltungen, Zitierungen in anderen Publikationen	Inhaltsanalyse (Querschnittssample), Sample von speziellen Periodika (Mitgliedszeitschriften u.ä.), Expertenbefragung

Exkurs: Kooperationspartner

Folgende Kooperationsbeziehungen bestehen:

- *Frankreich*: R. Benson (American University, Paris)
- *Niederlande*: The Amsterdam School of Communications Research (noch zu vereinbaren)
- *Deutschland*: H. Weßler (International University Bremen), fester Kooperationspartner

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Phasen

Die Projektbearbeitung gliedert sich in drei Phasen von jeweils vier Jahren Dauer. Dabei kommt es zu einigen (gewollten) Verschränkungen bzw. Überlappungen:

In der *ersten Phase* wird die Darstellung der faktischen Entwicklung der Europäisierung anhand der genannten Fälle (5 Länder) zu leisten sein, gemäß den nachfolgend dargestellten Arbeitsschritten. Die entsprechende Erhebung und inhaltsanalytische Auswertung soll für das Jahr 2010 wiederholt werden, dieser Untersuchungsteil fiele somit in die zweite Phase. Ergebnis der ersten Phase soll eine Darstellung der Entwicklung in allen 7 genannten Dimensionen von Öffentlichkeit sein, bezogen auf die Vergleichsjahre 1985, 1995, 2000 und 2005. Zur Vorbereitung der 2. und 3. Phase werden zudem vertiefte *theoretische* Überlegungen zu den Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeit und von Legitimität notwendig sein.

Die *zweite Phase* wird auf Basis der in der 1. Phase erarbeiteten Befunde vor allem der Analyse von Kausalzusammenhängen dienen. Parallel sollen Datensätze (v.a. Umfragen) beschafft und aufbereitet werden, die in der 3. Phase der Analyse der Legitimationseffekte von Europäisierung und Nicht-Europäisierung dienen. Insbesondere sollen in der zweiten Phase die folgenden Module realisiert werden: Erstens ist auf der Basis der Resultate der Inhaltsanalyse der ersten Phase die These zu analysieren, daß aufmerksamkeitssteuernde Relevanzkriterien (analog zu „Nachrichtenfaktoren“) eine hemmende Bedingung für die Europäisierung von Öffentlichkeit darstellen (sind EU-Politiken langweilig?). Zweitens sollen die Ergebnisse der Untersuchung von Dimension 4 (geteilte Publikumsidentitäten) durch Sekundäranalysen anderer Studien zu nationalen und europäischen Identitäten vertieft und eine mögliche kausale Abhängigkeit zwischen dieser und den anderen Dimensionen der Europäisierung geprüft werden. Die Analyse von Indizien der Identitätsentwicklung schafft zugleich die Voraussetzungen für die 3. Phase: Die Untersuchung der Auswirkungen auf Legitimität. Drittens soll die Vergleichsstudie zu multilingualen Öffentlichkeiten (Belgien, Schweiz) und EU begonnen werden (die in der 3. Phase abzuschließen sein wird).

Dritte Phase: Die Analyse der Auswirkungen von institutionellen Veränderungen der EU und der Veränderung intermediärer Strukturen soll dagegen (aus pragmatischen Gründen wie zur Gewinnung eines längeren Beobachtungszeitraums) für die 3. Phase geplant werden. In der dritten Phase sind weiter die Analysen zu Legitimitätseffekten durchzuführen, auf der Basis der Zeitreihendaten zur Europäisierung und von dritter Seite vorliegender Daten zur Legitimität und Akzeptanz der EU. Schließlich wird ein erheblicher Teil der 3. Phase auf eine zusammenfassende Synthese und die Erstellung einer Monographie zu verwenden sein.

Arbeitsschritte in der 1. Phase

Aufgelistet sind die wesentlichen Arbeitsschritte der 1. Phase und die veranschlagte zeitliche Dauer; Überlappungen der Arbeitsphasen ergeben sich aus dem nachfolgenden Zeitplan. Zur Vorbereitung der Untersuchung dient **1.** die Beschaffung zusätzlicher Informationen über die Pressestruktur der ausgewählten Länder sowie die Auswahl des Textsamples (deliberative Beiträge aus den ausgewählten Periodika) und **2.** die Erstellung des Codebuchs (mit wiederholten Pretests usw.) und die Schulung der Codierer. Die eigentliche Codierarbeit wird **3.** einen erheblichen Zeitbedarf verlangen. Parallel sollen weitere Sekundärdaten zur Publizistik der betreffenden Länder gesammelt werden. Zur Überprüfung und Weiterentwicklung des theoretischen und konzeptionellen Rahmens sind **4.** neben entsprechenden theoretischen Arbeiten der Projektmitglieder vertiefte Diskussionen mit Forschern aus dem gleichen Themengebiet erforderlich, die in einen internationalen Workshop zum Thema „Transnationalisierung von Öffentlichkeit“ münden sollen. Parallel dazu soll **5.** das Sampling von möglichen Partnern für Experteninterviews zur Entwicklung einer intellektuellen Produktionsstruktur für transnationale öffentliche Deliberationen, die Kontaktaufnahme sowie die Durchführung der Interviews erfolgen. Schließlich sind **6.** in einer weiteren längeren Zeitphase die Befunde der Inhaltsanalyse, der zusätzlichen Datensammlungen und der Interviews auszuwerten und zu synthetisieren.

Zeitplan

Hier die schematische Arbeitsabfolge in den ersten vier Jahren:

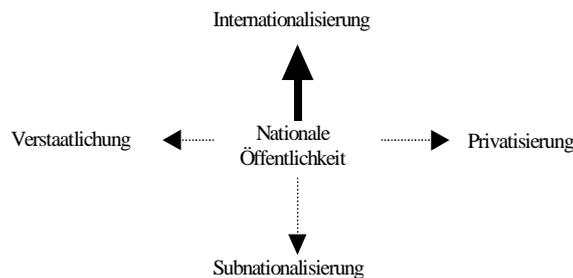
Arbeitsschritte	2003		2004		2005		2006	
Daten Pressestruktur der Vergleichsländer, Erhebung Textsample								
Erstellung Codebuch, Pretests, Reliabilitätsprüfungen								
Theoriearbeiten, workshop								
Fertigstellung Codebuch, Codiererschulung								
Sampling Interviews, Kontaktaufnahme, Durchführung								
Fertigstellung Codierung								
Auswertung Inhaltsanalyse, Interviews								
Synthese, Forschungsbericht								

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit einem wesentlichen Aspekt der Legitimationsdimension von Staatlichkeit – nämlich der Rolle, die Öffentlichkeit für die Legitimation von transnationalen politischen Ordnungen und für die Entwicklung supranationaler kollektiver Identitäten spielt. So wie nationalstaatliche politische Organisationsformen von transnationalen politischen Ordnungen überlagert werden, so werden möglicherweise nationale durch transnationale Formen von Öffentlichkeit überlagert – unter Umständen in asynchroner, verzögerter oder defizitärer Form. Das Projekt konzentriert sich also auf Entwicklungen entlang der Achse „national – international“. Die in der Literatur viel diskutierten Zusammenhänge von Öffentlichkeit, Demokratie, Identität und Legitimität (mit einer oft vermuteten Schlüssel-funktion der Öffentlichkeit) können nur empirisch spezifiziert werden, wenn zunächst in einer umfangreicheren und systematischeren Weise die empirischen Tendenzen einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit (hier am Beispiel der EU) erfaßt werden. Erst auf dieser Grundlage können in den späteren Phasen Bedingungs-

faktoren der Transnationalisierung/Europäisierung und tatsächliche Effekte für Legitimität und Identität analysiert werden.

Abbildung 1: Die zwei Achsen des Wandels in der Legitimationsdimension



Die Untersuchungsziele des Projekts sind komplementär vor allem zu den anderen in der Legitimitätsdimension angesiedelten Projekten. Projekt B1 („Wandel demokratischer Legitimation“) befaßt sich mit der Veränderung von Legitimitätsbedingungen durch Deparlamentarisierung und Internationalisierung und konzentriert sich dabei auf öffentliche Diskurse. Dabei geht es aber unmittelbar um die Inhalte öffentlicher Kommunikation im Hinblick auf Legitimitätskriterien und nicht um einen Strukturwandel von Öffentlichkeit. Gleichwohl sollten sich diese Untersuchungen gegenseitig befruchten; eine besonders enge Kooperation (u.a. auch in methodischen Fragen) ist geplant. Projekt B2 behandelt die politische Rolle von transnationalen Migrantengemeinschaften und ihre Auswirkungen auf politische Legitimationsformen. Diskursanalysen sind hier erneut ein wichtiges Instrument, aber öffentliche Kommunikation dient hier eher als ein Indikator unter anderen, nicht direkt als Untersuchungsgegenstand. Projekt B4 („Internet und Legitimität“) befaßt sich mit einem Bereich öffentlicher Kommunikation, der im vorliegenden Projekt ausgespart wird: nämlich der Entwicklung des Internets und seiner Bedeutung für die Veränderung von politischen Legitimitätsbedingungen. B5 („Legitimationsgrundlagen internationaler Institutionen“) wird sich schließlich mit der legitimitätsstiftenden Rolle von bestimmten (deliberativen) Kommunikationsformen in internationalen Institutionen befassen, bezieht sich jedoch nicht primär auf *öffentliche* Kommunikation im oben definierten Sinn.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Vom Antragsteller betriebene Projekte verwandten Zuschnitts werden gegenwärtig von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

Literatur

- Archibugi, Daniele, David Held & Martin Kohler Hg. (1998) *Transnational Democracy* Cambridge: Polity Press
- Bach, Maurizio, Hg. (2000) *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften* Wiesbaden, Westdeutscher Verlag
- Baerns, Barbara & Juliana Raupp, Hg. (2000) *Information und Kommunikation in Europa – Transnational Communication in Europe* Berlin: Vistas
- Banchoff, Thomas & Mitchell P. Smith, Hg. (1999) *Legitimacy and the European Union*. London: Routledge
- Beierwaltes, Andreas (1999) *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa* Baden-Baden: Nomos
- Benhabib, Sheila (1995) „Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität“ *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 43:1 3-29
- Bessette, Joseph M. (1994) *The Mild Voice of Reason. Deliberative Democracy and American National Government* Chicago, University of Chicago Press
- Bohman, James & William Rehg, Hg. (1998) *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics*. Cambridge, MA: MIT Press
- Bourdieu, Pierre (1989) The Corporatism of the Universal. The Role of Intellectuals in the Modern World *Telos* 81:3 99-110
- Boyd-Barrett, Oliver & Terhi Rantanen, Hg. (1998) *The Globalization of News* Thousand Oaks, CA: Sage Publications
- Brunkhorst, Hauke & Matthias Kettner, Hg. (2000) *Globalisierung und Demokratie* Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Cohen, Joshua (1989) „Deliberation and Democratic Legitimacy“ in: Alan Hamlin & Philip Pettit, Hg. *The Good Polity. Normative Analysis of the State* Oxford: Blackwell 18-34
- de Swaan, Abram (1993) „The Evolving European Language System: A Theory of Communication“ *International Political Science Review* 14:3 119-136
- Donges, Patrick, Otfried Jarren & Heribert Schulz Hg. (1999) *Globalisierung der Medien?* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Dryzek, John S. (1990) *Discursive Democracy* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Eder, Klaus, Kai-Uwe Hellmann, & Hans-Jörg Trenz (1998) „Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“ in: Beate Kohler-Koch, Hg. *Regieren in entgrenzten Räumen* Opladen, Westdeutscher Verlag: 321-344 (PVS Sonderheft 29)
- & Cathleen Kantner (2000) „Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit“ in: *Bach 2000* 306-331
- & Hans-Jörg Trenz (2001) „The Making of a European Public Space: An Inquiry Into Relating Supranational Politics and Transnational Spaces of Communication“ in: Beate Kohler-Koch, Hg. *Linking European Union and National Governance* Oxford: Oxford University Press 145-165
- Elster, Jon, Hg. (1998) *Deliberative Democracy* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Eriksen, Erik Oddvar & John Erik Fossum, Hg. (2000). *Democracy in the European Union: Integration Through Deliberation?* London: Routledge
- Ernst, Andreas (1998) „Vielsprachigkeit, Öffentlichkeit und politische Integration: Schweizerische Erfahrungen und europäische Perspektiven“ *Swiss Political Science Review* 4:4 225-240

- Follesdal, Andreas & Peter Koslowski, Hg. (1998) *Democracy and the European Union* Berlin: Springer
- Galtung, Johan & Mari Holmboe Ruge (1965) „The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers“ *Journal of Peace Research* **2**:1 64-91
- Galtung, Johan & Richard C. Vincent (1992) *Global Glasnost. Toward a New World Information and Communication Order?* Cresskill, NJ: Hampton Press
- Gellner, Ernest (1983) *Nations and Nationalism* Oxford, UK: Blackwell
- Gerhards, Jürgen (1993) „Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“ *Zeitschrift für Soziologie* **22**:2 96-110
- (2000) „Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“ in: *Bach 2000* 277-305
- (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien; in: Hartmut Kaelble, Martin Kirsch & Alexander Schmidt-Gernig, Hg. *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert* Frankfurt am Main: Campus 135-158
- Grande, Edgar (1996) „Demokratische Legitimation und europäische Integration“ *Leviathan* **24**:3 339-360
- Greven, Michael Th. & Louis W. Pauly, Hg. (2000) *Democracy Beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order* Lanham, MD: Rowman and Littlefield
- Habermas, Jürgen (1973). Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- (1992) *Faktizität und Geltung* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1992-93) „Citizenship and National Identity: some Reflections on the Future of Europe“ *Praxis International* **12**:1 1-19
- Hannerz, Ulf (1990) „Cosmopolitans and Locals in World Culture“ *Theory, Culture & Society* **7**:3 237-251
- Heinelt, Hubert (1998) „Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation der Europäischen Union“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* **5**:1 79-107
- Humphreys, Peter J. (1996) *Mass Media and Media Policy in Western Europe* Manchester, UK: Manchester University Press
- Joerges, Christian (2000) „Transnationale deliberative Demokratie oder deliberativer Supranationalismus?“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* **7**:1 145-163
- Kepplinger, Hans Matthias (1998) *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft* Freiburg i.Br./München: Alber
- Kielmansegg, Peter Graf von (1996) „Integration und Demokratie“ in: Markus Jachtenfuchs & Beate Kohler-Koch, Hg. *Europäische Integration* Opladen: Westdeutscher Verlag 47-71
- Kopper, Gerd G., Hg. (1997). *Europäische Öffentlichkeit: Entwicklung von Strukturen und Theorie* Berlin: Vistas
- Lepsius, M. Rainer (1991) „Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft?“ in: Rudolph Wildenmann, Hg. *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union* Baden-Baden: Nomos 19-40
- Majone, Giandomenico (1998) „Europe's ‚Democracy Deficit‘: the Question of Standards“ *European Law Journal* **1**:1 5-28
- Manin, Bernard (1987) „On Legitimacy and Political Deliberation“ *Political Theory* **15**:3 338-368
- Meyer, Christoph O. (1999) „Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit“ *Journal of Common Market Studies* **37**:4 617-639

- Mohammadi, Ali., Hg. (1997) *International Communication and Globalization* Thousand Oaks, CA: Sage
- Neidhardt, Friedhelm, Ruud Koopmans, & Barbara Pfetsch (2000) „Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa“ in: Hans-Dieter Klingemann & Friedhelm Neidhardt, Hg. *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000* Berlin: Edition Sigma 263-293
- Neyer, Jürgen (1999) „Legitimes Recht oberhalb des demokratischen Rechtsstaates?“ *Politische Vierteljahresschrift* **40**:3 390-414
- Nino, Carlos Santiago (1996) *The Constitution of Deliberative Democracy* New Haven, CN: Yale University Press
- Norris, Pippa (2000) *A Virtuous Circle. Political Communication in Post-Industrial Societies* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Parsons, Wayne D. (1989) *The Power of the Financial Press* New Brunswick, NH: Rutgers University Press
- Risse, Thomas (2002) How Do We Know a European Public Sphere When We See One? Theoretical Clarification and Empirical Indicators, IDNET Workshop „Europeanization and the Public Sphere“, European University Institute, Florence.
- Saxer, Ulrich (2000) „Interlinguistizität – Eine schweizerische Perspektive“ in: *Baerns/Raupp 2000* 147-151
- Scharpf, Fritz W. (1997) „Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik“ *Internationale Politik und Gesellschaft* **2**:1 184-199
- (1999) „Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik“ in: Wolfgang Merkel & Alexander Busch, Hg. *Demokratie in Ost und West* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 672-694
- Schlesinger, Philip & Deirdre Kevin (2000) „Can the European Union Become a Sphere of Publics?“ in: *Eriksen/Fossum 2000* 206-229.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995) *Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik* Baden-Baden: Nomos
- (1999) „Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats“ *Zeitschrift für internationale Beziehungen* **6**:2 185-244
- Semetko, Holli A. & Claas H. de Vreese & Jochen Peter (2000) „Europeanised Politics - Europeanised Media? European Integration and Political Communication“ *West European Politics* **23**:4 121-141
- & Patti M. Valkenburg (2000) „Framing European Politics: A Content Analysis of Press and Television News“ *Journal of Communication* **50**:3 93-109
- Sievert, Holger (1998) *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union* Opladen: Westdeutscher Verlag
- Simmons, John A. (1999) „Justification and Legitimacy“ *Ethics* **109**:7 739-771
- (2001) *Justification and Legitimacy: Essays on Rights and Obligations* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Steeg, Marianne v. d. (2000) „Analysis of the Dutch and Spanish Newspaper Debates on EU Enlargement with Central and Eastern European Countries: Suggestions for a Transnational European Public Sphere“ in: *Baerns/Raupp 2000* 61-87
- Stewart, Cathy & Julian Laird (1994) *The European Media Industry: Fragmentation and Convergence in Broadcasting and Publishing* London: Financial Times Business Information
- Wolling, Jens (2001) „Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen für die Demokratie“ *Publizistik* **46**:1 20-36

- Wu, Haoming D. (1998) „Investigating Determinants of International News Flow: A Meta-Analysis“
Gazette. The International Journal for Communication Studies **60**:6 420-441
- Zürn, Michael (1996) „Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem“ *Politi-
tische Vierteljahresschrift* **37**:1 27-55

